

Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung mit Antwort

Anfrage der Abgeordneten Horst Kortlang und Christian Grascha (FDP), eingegangen am 03.05.2013

Sind regionale Förderkonzepte eine Erfindung von Ministerpräsident Stephan Weil?

Im Zusammenhang mit der Beantwortung der Dringlichen Anfrage „Warum will die Landesregierung die etablierte Landesraumplanung durch ein Entwicklungsprogramm ersetzen?“, Landtags Sitzung am 18. April 2013, TOP 13 b, hat sich Herr Ministerpräsident Stephan Weil mehrfach zur Regionalförderung geäußert. Unter anderem führt der Ministerpräsident aus, dass die Vorgängerregierung nicht beabsichtigt hätte „regionale angepasste Förderstrukturen aufzubauen“. Dies führe dazu, dass die amtierende Landesregierung „erst einmal am Fundament arbeiten müsse“. Zusammenfassend hat die Landesregierung auf eine Frage des Abgeordneten Christian Grascha geantwortet: „Wie ich“ (Stephan Weil, Ministerpräsident, Anm. der Verfasser) „bereits ausgeführt habe, begeben wir uns mit der Kärneraufgabe, regionale Förderkonzepte zu erarbeiten, auf neues Terrain: auf Terrain, das bis jetzt nicht bearbeitet worden ist. Das ist der Hauptteil dessen, was die Landesbeauftragten zu tun haben werden.“ Die Erfahrungen mit der Vorgängerregierung im Zeitraum 2003 bis 2013 und ein Blick auf die Internetseiten des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr stehen im Gegensatz zu den oben aufgeführten Äußerungen der Landesregierung.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Ist der Landesregierung der Internetauftritt „Regionale Strukturpolitik“ des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (http://www.mw.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=5517&psmand=18) bekannt?
2. Wenn ja, ist die „Regionale Strukturpolitik“, einschließlich ihrer Weiterführungen bereits unter der Vorgängerregierung erstellt worden oder erst mit dem Regierungswechsel entwickelt worden?
3. Was versteht die Landesregierung unter „Regionalen Wachstumskonzepten“ (http://www.mw.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=32195&article_id=111525&psmand=18), wie sie das Niedersächsische Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr propagiert?
4. Was sind die Vor- und Nachteile dieser „Regionalen Wachstumskonzepte“?
5. Welche Aufgaben haben „Wachstumsprojekte“ (http://www.mw.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=32218&article_id=111508&psmand=18) aus Sicht der Landesregierung?
6. Stellt das Förderinstrument „Wachstumsprojekte“ (http://www.mw.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=32218&article_id=111508&psmand=18) aus Sicht der Landesregierung ein Förderinstrument der regionalen Strukturpolitik dar (bitte mit Begründung)?
7. Stellt das Förderinstrument „Metropolregionen“ (http://www.mw.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=32197&article_id=111510&psmand=18) aus Sicht der Landesregierung ein Instrument der Regionalförderung dar (bitte mit Begründung)?
8. Warum gibt es neben den „Regionalen Wachstumskonzepten“, den Wachstumsprojekten und den Metropolregionen noch die „Wachstumskooperationen“ (http://www.mw.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=32223&article_id=111566&psmand=18)?
9. Stellt die „Wachstumsregion Ems-Achse“ (<http://www.emsachse.de/>) nach Auffassung der Landesregierung ein regionales Förderkonzept dar (bitte mit Begründung)?
10. Wie viele Mitglieder hat die „Wachstumsregion Ems-Achse“?

11. Ist die Arbeit der „Wachstumsregion Ems-Achse“ aus Sicht der Landesregierung erfolgreich oder ineffektiv?
12. Wird die „Wachstumsregion Ems-Achse“ durch die Landesregierung abgeschafft oder ersetzt?
13. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass das Geothermie-Cluster Celle ebenfalls zu einer Art Regionalförderung gehört?
14. Behält die Landesregierung die Förderung des Geothermie-Cluster Celle bei, oder ist der Fortbestand durch die Landesregierung gefährdet?
15. Gibt es neben den bereits aufgeführten regionalen Förderinstrumenten weitere regionalisierte Förderkonzepte/-projekte in Niedersachsen? Wenn ja, welche?
16. Bleibt die Landesregierung bei der Auffassung, dass die vorherige Landesregierung nicht beabsichtigt hat, regional angepasste Förderstrukturen aufzubauen?
17. Hält die Landesregierung weiterhin an der Formulierung fest, dass sie sich bei der regionalen Förderpolitik „auf neues Terrain“ begibt?
18. Haben die Antworten der Landesregierung und die Ausführungen von Herrn Ministerpräsident Stephan Weil auf die Dringliche Anfrage weiterhin umfänglich Bestand, oder bedürfen sie der Anpassung?
19. Hat die Landesregierung schon konkrete Vorstellungen, wie sich die regionalisierten Förderkonzepte inhaltlich gestalten werden und welche Anforderungen an die Förderung gestellt werden?
20. Wo liegt der qualitative Unterschied zur „Regionalen Strukturpolitik“ der Vorgängerregierung?

(An die Staatskanzlei übersandt am 14.05.2013 - II/724 - 71)

Antwort der Landesregierung

Niedersächsisches Ministerium
für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
- Z3-01424/0020/71/Förderkonzepte -

Hannover, den 22.07.2013

Die von Herrn Ministerpräsident Stephan Weil in der Landtagssitzung am 18. April 2013 zu TOP 13 b getätigten Aussagen stehen nicht im Gegensatz zu den Internetseiten des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, deren Inhalt auf der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Stärkung der regionalen Wirtschaftsstruktur und zur Förderung wirtschaftsnaher Infrastrukturmaßnahmen beruht.

Der in der kleinen Anfrage konstruierte vermeintliche Widerspruch resultiert aus einem grundlegenden unterschiedlichen Verständnis regionaler Landesentwicklungspolitik zwischen der Vorgängerregierung und der amtierenden Landesregierung. Dieses wird insbesondere bei der Anzahl der geförderten sogenannten Wachstumsprojekte deutlich.

Hier profitierten die wirtschaftlich starken und im Bereich der regionalen Wirtschaftsförderung gut aufgestellten Landesteile überproportional von dem wirtschaftspolitischen Förderinstrument „Stärkung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, das aus Mitteln des EFRE im Bereich der wirtschaftlichen Innovationsförderung des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr gespeist wird. Namentlich sind dies die aus Eigeninitiative vor Ort entstandenen Wachstumsregionen Hansalinie und Ems-Achse. Beide regionalen Bündnisse trugen entschieden dazu bei, dass insgesamt 106 Einzelmaßnahmen im ehemaligen Regierungsbezirk Weser-Ems gefördert wurden, während in den anderen

ehemaligen Regierungsbezirken zusammen lediglich 115 Wachstumsprojekte in den Genuss dieser Förderung kamen (Lüneburg 53, Braunschweig 37 und Hannover 25).

Dabei sticht sichtbar hervor, dass das Kerngebiet Südniedersachsens (Landkreise Holzminden, Northeim, Göttingen, Osterode und Goslar), das eine solche Förderung aufgrund der dort vorherrschenden demografischen und ökonomischen Herausforderungen besonders nötig gehabt hätte, insgesamt lediglich elf Wachstumsprojekte initiieren konnte.

Diese Zahlen verdeutlichen, dass es unter der alten Landesregierung keine aktive regionale Landesentwicklung in enger Abstimmung mit den Akteuren vor Ort gab und folglich die Entwicklungsdisparitäten durch die Instrumente der auslaufenden EU-Förderperiode noch verstärkt wurden. Lediglich die ohnehin schon wirtschaftlich starken und in der Kooperation erfahrenen Landesteile konnten von dieser Förderpolitik überproportional profitieren.

Vor dem Hintergrund der geschilderten Entwicklungen und des massiven Rückgangs der Fördermittel wird die neue Landesregierung die EU-Förderung neu ausrichten und zukünftig alle Landesteile gleichermaßen in den Blick nehmen. Daher wird es in der kommenden Förderperiode darum gehen, vier starke Landesbeauftragte für regionale Entwicklung in der Fläche zu etablieren, die in allen Landesteilen mit den Akteuren vor Ort passgenaue regionalisierte Entwicklungskonzepte erarbeiten und diese in einer abgestimmten Förderstrategie unter Nutzung aller drei EU-Fonds (EFRE, ESF und ELER) umsetzen.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Fragen namens der Landesregierung wie folgt:

Zu 1:

Ja, siehe Vorbemerkungen.

Zu 2:

Die Landesregierung erarbeitet derzeit, wie in den Vorbemerkungen dargelegt, eine regionalisierte EU-Förderpolitik für den Agenda-Zeitraum 2014 bis 2020, die sich von der rein angebotsorientierten und ressortbezogenen EU-Förderpraxis der Vorgängerregierung massiv unterscheidet.

Zu 3:

Die in der auslaufenden Förderperiode verfolgten „regionalen Wachstumskonzepte“ haben gezeigt, dass eine einseitige wirtschaftspolitische Ausrichtung insbesondere dort Früchte trägt, wo bereits tragfähige mittelständische Strukturen und/oder wirtschaftliche Gunsträume existieren. Gerade für die Landesteile, die jedoch nicht von solchen Vorbedingungen profitieren können und die vor erheblichen demografischen Herausforderungen stehen, ist es notwendig, hier den Blick zu weiten und integrierte regionalisierte Entwicklungskonzepte mit den Akteuren vor Ort zu entwerfen. Diese werden anders als die vormaligen regionalen Wachstumskonzepte nicht nur branchen- und clusterorientierte Aspekte, sondern auch Fragen der Daseinsvorsorge, interkommunalen Kooperation und gebietskörperschaftsübergreifenden Infrastrukturentwicklung aufgreifen.

Zu 4:

Eine Bewertung dieses Instruments ist in den Vorbemerkungen und in Nummer 3 erfolgt.

Zu 5:

Regionale Wachstumsprojekte sind ein Instrument der ressortbezogenen Wirtschaftsförderung, das darauf abzielt, wettbewerbsfähige regionale Wachstumspole zu bilden. Hierfür bedarf es der zuvor dargestellten Vorbedingungen, die nur einige wenige Landesteile aufweisen. Aus diesen Erfahrungen heraus ist es daher zwingend erforderlich, die Herausbildung wettbewerbsfähiger regionaler Kompetenzfelder ganzheitlich durch einen abgestimmten Einsatz des gesamten Förderinstrumentariums im Sinne regionalisierter Entwicklungskonzepte zu unterstützen.

Zu 6:

Das Förderinstrument „Wachstumsprojekte“ soll in der auslaufenden Förderperiode dazu dienen, Wachstum und Beschäftigung in einer Region zu schaffen. Es sollen Kooperationen und Initiativen unterstützt werden, die die regionale Wirtschaftsstruktur verbessern. Die beteiligten Akteure und In-

stitutionen sollen sich dabei auf gemeinsame Ziele und Maßnahmen für eine erfolgreiche Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik verpflichten. Insofern sind „Wachstumsprojekte“ im Sinne von Leuchtturmprojekten ein Instrument der punktuellen regionalen Wirtschaftsförderung, erfüllen aber als Einzelmaßnahme bei Weitem nicht den Anspruch eines regionalen Entwicklungskonzeptes.

Zu 7:

Regional angepasste Förderstrukturen eröffnen auf der Grundlage konsistenter Gesamtkonzepte die Chance, verschiedene Förderprogramme zielgerichtet und passgenau für bestimmte Teilräume zu kombinieren. Regionale Zusammenschlüsse wie Metropolregionen sind in diesem Zusammenhang kein Förderinstrument, sondern bilden in erster Linie den Ausgangspunkt regionaler Kooperationen, um gemeinsam Herausforderungen anzugehen und Projekte zu initiieren, die für die Region von übergeordneter Bedeutung sind.

Die neue Landesregierung setzt auf einen intensiven Dialog mit den Metropolregionen, ebenso wie mit anderen bestehenden regionalen Kooperationen, um regionale Förderkonzepte zu erarbeiten und die vorhandenen Fördermittel zielgerichtet und effektiv in den Teilräumen Niedersachsens einsetzen zu können.

Zu 8:

Innerhalb der EFRE-geförderten Maßnahme „2.1.1 Stärkung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ wird formal zwischen Wachstumsprojekten, Wachstumskooperationen und regionalen Wachstumskonzepten unterschieden. Während Wachstumsprojekte lediglich Einzelfördermaßnahmen der Landeswirtschaftsförderung darstellen, s. hierzu Nummer 6, sollen die beiden letztgenannten Kooperationsstrukturen zwischen Wirtschaft und Kommunen abbilden. Dabei werden die höchsten Anforderungen an regionale Wachstumskonzepte gestellt, da diese über ein Projektteam und eine Umsetzungsorganisation verfügen müssen. Bisher konnten nur die hannoverimpuls GmbH (2003), die Weserbergland AG (2004), die Allianz für die Region Braunschweig (2013) und die Wachstumsinitiative Süderelbe (2004) die Kriterien für ein regionales Wachstumskonzept erfüllen. Die Auffangkategorie „Wachstumskooperationen“ weist weniger strikte Standards auf. Zu diesem Bereich zählen die Südniedersachsenstiftung (2004), die Wachstumsregion Hansalinie (2011) und die Wachstumsregion Ems-Achse (1995).

Zu 9:

Nein. Die Wachstumsregion Ems-Achse ist eine Wachstumskooperation und verfügt über eine in der Region eigenständig entwickelte und bislang erfolgreich gewachsene Kooperationsstruktur. Auf unterschiedlichen Ebenen in unterschiedlichen Intensitäten wird hier wertvolle Netzwerkarbeit für Wachstum und Arbeitsplätze geleistet, so hat z. B. die Fachkräfteinitiative der Wachstumsregion Ems-Achse überregional Beachtung gefunden.

Zu 10:

Der Verein Wachstumsregion Ems-Achse e. V. hat 436 Mitglieder.

Zu 11:

Die Wachstumsregion Ems-Achse präsentiert sich als Vorzeigemodell regionaler Wirtschaftsentwicklung und -förderung mit hervorragenden Zukunftsperspektiven. Die Ems-Achse hat sich in Niedersachsen auch aufgrund erheblicher Mittelzuflüsse aus den EU-Strukturfonds zu der Region mit dem größten Beschäftigungszuwachs und einer überdurchschnittlichen Wachstumsdynamik entwickelt.

Der Anstieg der Mitgliederzahl des Vereins Wachstumsregion Ems-Achse e. V. spricht eine deutliche Sprache für den Erfolg der Bündelung der Kräfte aus Wirtschaft, Verwaltung, Politik und Wissenschaft. Hervorzuheben ist, dass der Verein zu 75 % aus regionalen Unternehmen getragen und aus Mitgliedsbeiträgen finanziert wird. Eine gemeinsame Vision treibt alle Beteiligten an: Kräfte werden gebündelt und Grenzen überwunden, um EU-Fördergelder erfolgreich gemeinsam beantragen zu können, neue wirtschaftliche Impulse zu schaffen und damit nachhaltige Zukunftsperspektiven zu entwickeln.

Zu 12:

Nein. Die Akteure der Region Ems-Achse haben in Eigeninitiative die „Wachstumsregion Ems-Achse e. V.“ gegründet. Es ist eine rein regional betriebene Wachstumskooperation. Eine Abschaffung oder Ersetzung des Vereins liegt allein in der Entscheidung der Region.

Zu 13:

Das Geothermie-Cluster Celle ist ein Wachstumsprojekt, das nach der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Stärkung der regionalen Wirtschaftsstruktur und zur Förderung wirtschaftsnaher Infrastrukturmaßnahmen des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr gefördert wird

Zu 14:

Das Geothermie-Cluster trägt dazu bei, Celle als international führenden Standort für Erdöl-, Erdgas- und Erdwärmegewinnung zu etablieren, Wachstumsimpulse für die Wirtschaft durch Kooperationen und Bündelung von Maßnahmen zu schaffen, die internationale Konkurrenzfähigkeit zu stärken und Arbeitsplätze am Standort Celle langfristig zu sichern. Die Landesregierung wird das Geothermie-Cluster weiterhin unterstützen. Ein deutliches Zeichen hierfür ist der Bau des rund 10 Mio. Euro teuren Bohr-Simulators, der Ende Mai als Außenprojekt der Technischen Universität Clausthal in Celle begonnen wurde.

Zu 15:

Die bisher weitgehend fehlende Regionalisierung der EU-Förderpolitik wird insbesondere von der kommunalen Ebene stark beklagt. So führt der Niedersächsische Landkreistag in seiner „Rotenburger Erklärung“ vom 11./12. April 2013 aus, dass eine „integrierte Struktur- und Regionalpolitik ... schon lange gefordert wird“. Die Landesregierung teilt diese Auffassung und sieht hier einen zentralen Handlungsauftrag für die kommende Förderperiode.

Zu 16:

Für die EU-Förderperiode 2007 bis 2013 erließ die vorherige Landesregierung 65 Förderrichtlinien, auf denen etwa 100 Förderprogramme beruhen. Dieses Vorgehen führte zu einer ressortbezogenen und kleinteiligen Förderung, ohne auf die besonderen spezifischen regionalen Bedarfe einzugehen.

Erst auf massiven Druck der kommunalen Spitzenverbände hin wurden im Herbst 2012 im Bereich der PROFIL-Förderung bei den LGLN neun Koordinierungsausschüsse eingerichtet, die bis zum Regierungswechsel aber weitgehend wirkungslos geblieben sind.

Zu 17:

Ja, da sie im Rahmen der Amtsübergabe keine regionalisierten Förderkonzepte vorgefunden hat.

Zu 18:

Die Ausführungen von Herrn Ministerpräsident Stephan Weil im Plenum des Landtages vom 18. April 2013 haben vollumfänglichen Bestand und bedürfen keiner Anpassung.

Zu 19:

Die konkreten Mittelansätze der EU-Fonds, die Niedersachsen in der nächsten Förderperiode 2014 bis 2020 zu erwarten hat, sind noch nicht abschließend geklärt. Um aber keine Zeit zu verlieren, hat die Landesregierung in ihrer Sitzung am 28. Mai 2013 auf der Grundlage vorliegender Planzahlen in einem ersten Schritt die künftigen inhaltlichen und finanziellen Schwerpunkte der EU-Förderung aus EFRE und ESF festgelegt und erste Aussagen zur künftigen ELER-Förderung getroffen. Damit erhalten nunmehr die Ministerien die Möglichkeit, ihre Planungen frühzeitig weiter voranzutreiben und sofort handlungsfähig zu sein, sobald die neue Förderperiode beginnt. Die Schwerpunkte des künftigen Programms werden im EFRE auf den Bereichen Innovation, CO₂-Minimierung und Wettbewerbssteigerung von KMU liegen. Im ESF stehen Armutsbekämpfung durch Arbeitsmarktintegration, Sicherung der Fachkräftebasis und Frauenförderung besonders im Mittelpunkt. Auf dieser

thematischen Grundlage erfolgt die Festlegung der künftigen regionalen Schwerpunkte in den Regionen selbst.

Eine zentrale Funktion werden dabei die regionalen Zukunftskonferenzen im Herbst 2013 und die vier zukünftigen Landesbeauftragten übernehmen, die die bisherigen Regierungsvertretungen ersetzen werden. Hier gilt es also zunächst in enger Abstimmung mit den regionalen Akteuren und kommunalen Partnern vor Ort, die tatsächlichen Bedarfe zu ermitteln und regionale Entwicklungsprogramme zu erarbeiten.

Zu 20:

Niedersachsen entwickelt sich extrem unterschiedlich; sowohl bei den demografischen als auch den ökonomischen Rahmendaten gibt es deutliche Verwerfungen zwischen dem Westen und der Mitte des Landes einerseits sowie weiten Teilen im Norden, Osten und Süden des Landes andererseits. Zuletzt haben die Ergebnisse des Zensus 2011 diese Situation bestätigt. Jedoch sind die Fakten und Prognosen hierzu seit zehn Jahren bekannt. Zudem hat der Landtag im Jahr 2007 auf diese dramatische Situation in einem Bericht der Enquetekommission zum demografischen Wandel hingewiesen.

Die vorherige CDU/FDP-Landesregierung hat auf diese Entwicklungen nicht reagiert und die Instrumente der Raumordnung, der Regionalentwicklung und der EU-Förderung nicht zum Gegensteuern genutzt.

Angeichts dieser Ausgangslage verfolgt die neue rot-grüne Landesregierung das Ziel, dass alle Teilräume des Landes gleichwertige Chancen der eigenständigen und nachhaltigen Entwicklung erhalten. Um dieses Ziel zu erreichen, muss das Land einen Steuerungsrahmen setzen, die Maßnahmen koordinieren, Schwerpunkte definieren und regionale Kooperationen unterstützen. Die neue Landesregierung hat deshalb eine integrierte Landesentwicklung zu einem wesentlichen Arbeitsschwerpunkt erklärt, die durch eine EU-Förderpolitik aus einem Guss, also die Verzahnung der drei Strukturfonds (EFRE, ESF und ELER), flankiert wird.

Olaf Lies